

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Nr. 100  
Tageblatt, Riesa.

Hauptredaktion  
Nr. 20

Amtsblatt der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 297.

Freitag, 22. Dezember 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Ausgabe siehe die Nummer des Ausgabebuches bis Vermittlung 9 Uhr ohne Gründung.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Konstantinstraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

## Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Gustav Tessau in Wieda, in Firma: Herbst- und Frühjahr-Tempfuhrenwerk Gustav Tessau in Dorf Wieda am Bahnhof Riesa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben.

Riesa, den 19. Dezember 1893.

## Königliches Amtsgericht.

Heldner.

Befreiung: Altuar Gerlach, G.-S.

Abgabepflichtigen frei, vor Beginn der Abschlagsarbeiten dem Stadtrath schriftlich anzugeben, wie hoch er sein jährliches Einkommen veranschlägt.

In der betreffenden Anzeige müssen die verschiedenen Einkommensquellen und Einkommens- beträge speziell angegeben werden, damit die Richtigkeit vom Abschlagsausschusse geprüft werden kann.

Diese vorerwähnte Bestimmung wird mit dem Bemerkung hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß diesbezügliche Anzeigen bis zum 4. Januar 1894 an den unterzeichneten Stadtrath einzureichen sind.

Riesa, am 19. Dezember 1893.

Der Stadtrath.  
Schwarzenberg, Stadtrath.

Hansch.

## Bekanntmachung.

Gemäß der Bestimmung in § 9 des hiesigen Gemeindeanlagen-Regulatius steht jedem

## Tagesgeschichte.

Es passieren jetzt merkwürdige Dinge in Deutschland. Im Verein mit der bürgerlichen Demokratie aller Schattirungen befinden die „Chronen und Altäte würzenden“ Sozialdemokraten der Reichsregierung ihr Vertrauen, während die Konservativen und die denjenigen nahestehenden Parteien von Woche zu Woche immer stärker werdendes Misstrauen gegen den neuen Kours beginnen. Heute liegt seitens der wenigstens in preußischen konservativen Kreisen von jeher als tonanggebend bekannten „Kreuzzeitung“ eine offene Kriegserklärung an den Grafen Caprivi in einem Artikel „Zur Lage“ vor. Derselbe besagt, daß das Vorgehen des Reichskanzlers gegen die Konservativen habe eine unüberbrückbare Kluft zwischen ihm und den Konservativen geschaffen. Das Tafelruck zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen sei von Ersterem zerstört. Hierüber dürfe kein Zweifel bestehen. Es sei ein treffendes Wort aus wahrhaft konservativem Geiste gewesen, als Graf Simburg-Sitrum betonte, daß die Haltung der konservativen Partei sich allein schon aus der Thatache rechtfertige, daß die Politik der Regierung nur die geschlossene Unterstützung der bürgerlichen und sozialen Demokratie finde. Ein schärferes Kennzeichen könne es für einen konservativen Mann nicht geben. „Hieraus ergibt sich als nothwendige Konsequenz, daß die Konservativen zu dem leitenden Staatsmann kein Vertrauen mehr haben. Die Zukunft wird lehren, ob hierin jemals ein Umsturz zu erwarten ist. Wir haben vorläufig keine Hoffnung, weil wir nach den schweren Angriffen, welche die konservative Partei in den letzten Wochen erfahren hat, annehmen müssen, daß der leitende Staatsmann auf die Existenz einer innerlich starken konservativen Partei keinen Werth legt.“

Eine weitere Meldung ging dieser Tage durch die Blätter, welche größer als alles Vorhergegangene den Wandel der politischen Dinge in Deutschland, ja den vollen Umstieg der früheren Verhältnisse in ihr Gegenteil beleuchtet. In den thüringischen Staaten wendet man sich in Petitionen an die Landtage, um landesgesetzliche Verbote der Niederlassung des Jesuitenordens für den Fall zu erwirken, daß die Bundesregierungen dem Mehrheitsbesluß des Reichstags beitreten sollten. Man sucht bei der Landesgefegebung Schutz vor der Reaktion der Reichsgefegebung. Unter dem alten Kurfürst war das gerade Gegenteil üblich. Und nicht nur die Abwehr des Rückschritts, auch den Fortschritt erwartete und erlangte man in jenen Zeiten „Bismarck'scher Tyrann“ vom Reich. Es sei nur an die Einführung der Biwiche in Bayern erinnert, die dieses Land auf dem Wege particularer Gefegebung niemals dem Ultramontanismus abtunringen vermocht hätte. Es ist zunächst nicht die Reichsregierung, vor der sich die Thüringer schwüchend in ihre kleinen Landstuben flüchten, es ist die Mehrheit der gewählten Vertretung des Volkes, darunter die Demokraten, die in der Frage des Jesuitengeiges das Reich zum Hör der Reaktion zu machen versucht hat. Um so schlimmer. Die Reichsregierung besitzt aber dasselbe Geißel in der Polenpolitik, die in ihrer neuen Richtung nicht vom preußischen Standpunkt, sondern unter dem Gesichtspunkt deutscher (Hand-in-den Mund-) Politik gemacht wird.

**Deutsches Reich.** Zum Neujahrs-Empfang beim Kaiser werden auch diesmal wieder sämtliche kommandierende Generale in Berlin erscheinen. Aus Bayern dürfte außer den beiden kommandirenden Generälen, Prinz Arnulf und v. Parsoval, auch Prinz Leopold, der General-Inspekteur der 4. Armee-Inspektion, nach Berlin kommen.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Russland sollten

am Freitag vorläufig unterbrochen werden, um unmittelbar nach Neujahr fortgesetzt zu werden. Die russischen Delegierten bleiben in Berlin. Die Aussichten scheinen sich durch russisches Entgegenkommen wieder etwas gebessert zu haben.

Trotz des Dementis der „Nord.“ Allg. Z.“ erhält sich in parlamentarischen Kreisen die Ansicht, daß Vorarbeiten für eine Umgestaltung des Reichswasserstraßenprojektes stattfinden.

Nach unseren Unfall-Vorlesungen erhalten auch Ausländer beim Eintritt von Unfällen in Betrieben Entschädigungen. Jedoch brauchen die Berufsgenossenschaften den Ausländern keine Renten zu zahlen, sie können dieselben vielmehr beim Verlassen des Reichsgebietes durch eine Kapitalzahlung abfinden. Diese Abfindungen haben im Jahre 1892 die Summe von über 100000 M. erreicht. In erster Reihe sind an diesen Abfindungen die Eisen-, Knappharts- und Steinbruchs-Berufsgenossenschaft beteiligt, sodann aber auch diejenigen Genossenschaften, deren Bezirk den Grenzen abliegen, wie die bayerische Baumwerts-, die sächsische Textil- und die sächsisch-thüringische Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft.

Die halbamtlische „Bad. Korresp.“ veröffentlicht eine Zuschrift, welche mindestens sechzig Mark Goldwähr für den Tabal verlangt, und bemerkt hierzu, die badische Regierung sei auf allen Stufen der Bearbeitung des Tabaksteuergesetzes für eine höhere Bemessung des Zolls auf ausländische Rohtabate eingetreten. Es sei zu hoffen, daß der Reichstag sich ebenfalls für eine Zollerhöhung erklären wird.

Guten Vernehmen nach besteht die Absicht, dem Privatlotterieweise eine größere Beachtung zu schenken. Es gilt nicht ausgeschlossen, daß bereits dem nächsten Samstage eine Vorlage zugehen werde, welche die Regelung der Staatsaufsicht über die Privatlotterien einzigen Anstrengungen unterzieht.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verfügung des Grafen Eulenburg an sämtliche Regierungspräsidenten: „In dem Allerhöchsten Erlass vom 4. Januar 1882 sind die Grundsätze angegeben, welche den einzigen Beamten für ihr politisches Verhalten nicht nur bei den Wahlen, sondern unter allen Verhältnissen zur Rücksicht zu dienen haben. Die politischen Gegensätze und Kämpfe der Gegenwart, namentlich auf wirtschaftlichen Gebiete, geben mir Anlass, diesen Allerhöchsten Erlass in Erinnerung zu bringen und seine Beachtung wiederholz zur Pflicht zu machen. Ein Hochwohlgeborener ersucht ergeben, die ihnen untersteuerten Beamten hierauf hinzuweisen.“ — Diese Kundgebung des Ministerpräsidenten erregt allgemeines Aufsehen, da dies der erste positive Schritt der Regierung gegen die ogramatische Opposition ist.

**Oesterreich-Ungarn.** Nunmehr ist auch Oesterreich durch ein Dynamitverbrechen in grohe Aufregung versetzt worden. In dem Hause des Advoaten Dr. Wolf in Slonitz bei Prag erfolgte am Dienstag spät am Abend eine heftige Explosion. Das Gebäude wurde vollständig zerstört, mehrere Nachbarhäuser erheblich beschädigt. Die Familie Wolf hat nur unbedeutende Verlegerungen erlitten. Nach einer amtlichen Darstellung des Vorlasses scheint es, daß die Dynamitpatronen vom Bürgersteig aus in den Hausschlund Wolfs geworfen wurden. Auf die Entfernung des Uebelhängers ist eine Belohnung von 500 Gulden ausgesetzt. Die Stadtwaage wurde verschüttet. Mehrere vereits organisierte Haussuchungen blieben erfolglos. — Ob das Dynamitverbrechen von Slonitz bei Prag den Anarchisten, Sozialisten oder den Tschechen zur Last zu legen ist, bleibt vorerst unklar. Hapt scheint es aber, als ob tschechischer Fanatismus ihnen zu Grunde liegt. Dr. Karl Wolf, dem der Anschlag galt, ist ein Deut-

scher, der gelegentlich der tschechischen „Feiertage“ sein Haus nicht beleuchtet hatte, woran ihm die Tschechen die Fenster einwarben. Der Malonitzer jung-tschechische Verein wurde fürzlich aufgelöst, weil er im Stadtrath die Auseinandersetzung der deutschen Schule und das Verbot erwirkte wollte, daß die Deutschen auf den Straßen und in öffentlichen Lokalen deutsch sprechen! Jedemfalls sind die Malonitzer Tschechen ebso harsch. Nachträglich erfährt man noch, daß vor einigen Tagen auch der gleichfalls in Malonitz wohnende Dr. Cohn einen Drohbrief erhalten hat, welcher die Auflösung enthielt, unverzüglich 300 M. für den tschechischen Schulverein zu hinterlegen, widerigfalls man einen Anklag gegen ihn ausführen werde.

**Italien.** In der Deputiertenkammer hat Ministerpräsident Crispi am Mittwoch eine Programm-Erläuterung abgegeben, die zunächst einen warmen Aufruf an die Parteien zur Einigung und zum einflüchtigen Handeln des Parlaments mit der Regierung enthält. Der Ministerpräsident erklärte, die Lage Italiens sei ja ernst, wie noch niemals, er forderte daher die Parteien auf, einen Gottesfrieden zu schließen. Der Ministerpräsident hält eine Vereinsfahrt in den öffentlichen Ämtern an, um größtmögliche Ersparnisse zu erzielen, und aber gleichzeitig hervor, man dürfe sich nicht Illusionen hingeben, die Stände, Dörfer zu bringen, habe gesagt.

**Spanien.** Aus Barcelona wird berichtet: Der verhaftete Anarchist Josep Godina hat eingestanden, daß Verbrechen im Teatro-Circus begangen zu haben. Er nahm Mitschuldige und erklärte, auch die Pallars-Bombe angefertigt zu haben. Die Polizei nahm infolge dieses Geständnisses neue Verhaftungen vor. Godina wurde entdeckt durch Vertrag der Wärtresse eines seiner Mitschuldigen infolge von Streitigkeiten, die unter den Verhafteten entstanden. In Godiz und Cartagena sind bei Anarchisten belastende Papiere aufgefunden worden, worauf die Polizei des Nachts zahlreiche Verhaftungen vornahm. Raut den Gutachten der Sachverständigen ist die nach der Explosion im Teatro-Circus aufgefundene Ordnibombe ganz gleich den von Pallars geplante Bombe wiegt mit Füllung drei, ohne Füllung ein Kilogramm und hat zwanzig Zündschnüre; dies beweist, daß sie in den Zuschauerraum nicht geworfen, sondern gelegt worden ist; wäre sie geschleudert worden, so wäre sie vermöge ihres Gewichtes unfehlbar geplatzt.

**Belgien.** Die belgische Ministerkrijs ist allgemein geworden, sämtliche Minister haben beschlossen, mit dem Ministerpräsidenten Beernaert zurückzutreten, falls die Rechte nicht das vorgeschlagene Wahlsystem annimmt.

**Schweiz.** Die Bundesversammlung in Bern beschloß eine Änderung der Bundesverfassung, wodurch der Bund die Befugnis erhalten soll, einheitliche Vorrichtungen auf dem Gebiete des Gewerbelebens aufzustellen. Diese Änderung unterliegt der Volks- und Stände-Abschaffung.

**Bulgarien.** In Sofia sind am Mittwoch im Beisein des Fürsten Ferdinand, der Hofvicedräger, der Minister, des diplomatischen Corps und sämtlicher Deputierten die feierliche Eröffnung der Eisenbahnlinie Sofia-Bernit statt. (Die linke bildet den ersten Theil der bis zum Augsburger Meere in Aussicht genommenen Eisenbahn.) Bei der Eröffnung hielten der Fürst und Minister Petrow bedeutenswerte Reden. Der Erste betonte, daß die Bahn mit eigenen bulgarischen Kräften und Mitteln erbaut worden sei. Der zweite bezeichnete Bulgarien als Träger der Kultur auf der Balkanhalbinsel. Petrow meinte ferner, es sei zu wünschen, daß die Bemühungen jener Macht, welche Bulgariens Verdienste anstrebe, auch weiter erfolglos blieben.